K-3 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium:	LaVo
Beschlussdatum:	10.12.2020
Tagesordnungspunkt:	K-3 Kapitel 3

3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und klar ist, niemand darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, Kinder, ältere Menschen, prekär Beschäftigte, Arbeitssuchende und Menschen mit Behinderung sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Familien und Freischaffende suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle teilhaben und ihren Platz finden. Auch in der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität.

Wohnen ist keine Ware – 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert

Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschnellt, auch weil hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist. Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt, auf dem in 30 Jahren 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert sind. Dafür werden wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsgesellschaften über Genossenschaften und Hausprojekte bis zu Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten. Die Bau-, Miet- und Wohnpolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir Verantwortung tragen. Wir haben sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht genutzt und mit dem Mietendeckel haben wir den Mut bewiesen, Menschen auch dann zu schützen, wenn der Wind uns frontal ins Gesicht bläst. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Wir bauen das neue Berlin gemeinwohlorientiert und nachhaltig. Wir erwerben uns die Stadt Stück für Stück zurück, um Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietenmarktes zu machen, und regulieren gleichzeitig die Mieten weiter. Für uns ist klar: Der Mietendeckel darf 2025 nicht ersatzlos enden.

Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen, wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben. Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt, dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in

alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld Unterstützung leisten.

Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen. Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote zu entwickeln. Wir haben massiv Geld in die landeseigenen Krankenhäuser investiert. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein – insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Verkehrswende, im Bildungsbereich, in der Sozialpolitik oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege, in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte zu schlechten Bedingungen mit viel zu vielen Patient*innen ihren Dienst tun. Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie der grünen Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der Versorgung herzustellen.

Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir bundesweit umsetzen.

Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

Ältere Menschen sind noch lange fit und wollen aktiver Teil der Gesellschaft bleiben. Am besten ermöglichen wir das, indem wir Hürden im Alltag abbauen. Auch für Menschen mit Behinderung oder Familien mit kleinen Kindern ist es wichtig, dass die Stadt barrierefrei ist. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung,

gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür, dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Berlin gelingt nur gemeinsam. Zusammen mit den Initiativen und Verbänden unterstützen wir daher das Berliner Behindertenparlament.

3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial

Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnpolitik eingeläutet, um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert zu gestalten. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sein. Unter Gemeinwohl verstehen wir die landeseigenen Wohnungsgesellschaften, Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen und Hausprojekte sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wie beispielsweise Baugruppen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen.

In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau stärker auf Gemeinwohl ausgerichtet, gleichzeitig hat der Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt gebracht und zu stabilen Mietpreisen geführt. Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf, dass wir Wucher stoppen konnten, trotz heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent des CO_2 in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verwirklichen soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz und spielen sie nicht gegeneinander aus.

Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch

Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz hat. Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten Besitzer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr Wohnungen. Wir wollen, dass in Berlin jährlich 20.000 Wohnungen neu gebaut werden, natürlich klimaneutral und mindestens die Hälfte sozialverträglich. Neubauten im Hochpreissegment müssen möglichst vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Zur Förderung des Neubaus wollen wir einen dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Neubauten ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft gemeinwohlgebundene und möglichst CO_2-neutrale errichtete Wohnungen fließt. Die Genossenschaftsförderung für Neubauten wollen wir deutlich erhöhen und weiter öffnen, zum Beispiel auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat.

Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Mit ökologischen Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton, wollen wir klimafreundliche Neubauten und Modernisierungen auf die Straße bringen. Bei energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die

Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist, muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen. Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch niedrige Energiekosten aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt. Die öffentliche Hand leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen.

Wir wollen Eigentümer*innen gesetzlich verpflichten, bis 2024 Fahrpläne für eine mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser vorzulegen. Dabei bieten wir eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren des Landes Berlin an. (Zu Fragen der Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass mindestens 50 Prozent der Wohnungen im Neubau dauerhaft gemeinwohlgebunden sind. Darüber hinaus wollen wir auch alle weiteren Möglichkeiten nutzen, um Baurecht an die dauerhafte ökologische und Gemeinwohlbindung mindestens eines Anteils des Neubaus zu knüpfen.

Den Wohnungsmarkt regulieren – bezahlbare Mieten sichern

Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotes und der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Darüber hinaus prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, das vor allem die Umsetzung des Mietendeckels sicherstellen soll. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen, haben wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster eingeführt und werden es mit Leben füllen.

Die Wirkung des Mietendeckels ist bis 2025 begrenzt. Bis dahin braucht es auf Bundesebene eine Reform des Mietrechts, damit die Mehrheit der Mieter*innen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnen aufbringen müssen. Sollte das nicht gelingen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Dazu werden wir alle Möglichkeiten nutzen und ein Mietenkataster aufbauen. Ein solches Kataster kann Grundlage für ein Wohnraumbewirtschaftungsgesetz sein. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbe und Immobilienkaufpreise nicht durch die Decke gehen.

Bei Wohnungen in öffentlicher Hand haben wir hohe Ansprüche an die Gemeinwohlorientierung. Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den städtischen Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Der öffentliche Wohnungssektor stellt sicher, dass auch Menschen mit geringem Einkommen die Miete zahlen können. Das wollen wir weiterhin gesetzlich sicherstellen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform hin zu mehr Transparenz und Gemeinwohl.

Eigentum verpflichtet, und das muss sich auch in der Besteuerung niederschlagen. Höherer Wert heißt höhere Steuerzahlung. Angesichts der komplexen Umsetzungsfragen wollen wir mit

einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob eine Umwandlung zu einer Bodenwertsteuer sinnvoll und durchführbar ist. Zusätzlich wollen wir die Grunderwerbsteuer progressiv ausgestalten. Sie soll deutlich höher ausfallen als bislang für Transaktionen mit vielen Wohneinheiten und niedriger als heute für Einzelkäufe.

Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Wir wollen, dass der Bund den Ländern durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen konsequent zu unterbinden und den Erwerb von Wohneigentum auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Sollte der Bund auch hier nicht handeln, werden wir prüfen, inwieweit wir, analog zum Mietendeckel, auch als Land Berlin diesbezüglich tätig werden können.

Die Stadt zurückerwerben

Um Verdrängung und Immobilienspekulation zu stoppen und bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, streben wir in den nächsten 30 Jahren einen Berliner Wohnungsmarkt an, der zu 50 Prozent gemeinwohlorientiert ist. Gemeinwohlorientiert sind für uns Eigentumsformen, die nicht auf puren Profit und Spekulation ausgerichtet sind – wie zum Beispiel Genossenschaften, Baugruppen, Berlins Wohnungsgesellschaften und Privatvermietende, die sich wie die öffentlichen Wohnungsgesellschaften auf das Gemeinwohl verpflichten.

Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung aus der Mottenkiste geholt: Mit dem Vorkaufsrecht verpflichten wir Käufer*innen mit Abwendungsvereinbarungen dazu, ihrer Sozialpflichtigkeit nachzukommen, oder veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft. Mit einer deutlichen Erweiterung von Milieuschutzgebieten wollen wir diese Intervention zugunsten der betroffenen Mieter*innen zukünftig auch stadtweit ermöglichen. Mit Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung schließen. Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf Bundesebene dafür, einen rechtlich bindenden Gewerbemietspiegel und einen fairen Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemieter*innen einführen und die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den Gewerbearten Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens. Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, diesen Schritt gehen. Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative Obergrenzen sehen wir kritisch.

Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes

Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie implementieren. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat, wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und gemeinwohlorientierte Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken. Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag einer Immobilie genutzt wird, um den Verkehrswert zu ermitteln, und nicht die höchstmögliche Verwertung zählt.

3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder Menschen mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale Sicherheit garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es eines grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in allen Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-Regelsatz.

Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer wird. Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

Familien- und Kinderarmut bekämpfen

Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind. Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell oder finanziell benachteiligt sind.

Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des

Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Familien in schwierigen Situationen brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und unbürokratisch beraten können.

In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet, getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken wiederholen wollen.

Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen. Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Die Rädchen müssen vor Ort ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der Krise zu zeigen. Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar, dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

Orientierung am Sozialraum der Menschen

Auch die Arbeit der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen organisieren – nicht entlang bürokratischer Logiken. Die in der Jugendhilfe begonnene „Sozialraumorientierung“ ist ein guter Schritt in diese Richtung. Mit der Verankerung im Familienfördergesetz weiten wir diese Systematik auf andere Bereiche aus. In ganz Berlin sollen lebensweltlich orientierte Räume definiert und Fachkonzepte der Zusammenarbeit erarbeitet werden. Wir wollen Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“,

Babylots*innen, die Stadtteilmütter, Sozialarbeiter*innen in Jugendeinrichtungen, die Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Bei den sogenannten „67er-Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten, wollen wir eine einheitliche Anwendung in den Bezirken erreichen. Parallel soll die Qualitätssicherung systematisiert und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen. So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können.

Das Konzept „Housing First“ ausbauen

Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten Raum, ein Dach über dem Kopf. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz „Housing First“ Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und begleiten sie dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang umsetzen zu können, wollen wir Wohnungen auf Basis des Mietendeckels anmieten, um sie, begleitet von sozialer und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzliche Gruppen wie Frauen, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung und Obdachlose mit hohem Alter im Mittelpunkt.

Besonders kompliziert ist die Unterstützung von EU-Bürger*innen, wenn sie keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse abzuschaffen. In Berlin wollen wir eine Clearing-Stelle einrichten, die zentral die Möglichkeiten prüft und, wenn nötig, Menschen auf Basis des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes unterbringt.

Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 Plätze vorgehalten werden. Alle Plätze sollen stets mit Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen.

Ein neues Landesamt für Unterbringung

Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben – egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen

zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

3.3 Gesundheit ganzheitlich denken

Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge – das hätte nicht drastischer deutlich werden können als in der Corona-Pandemie. Vorsorge zu treffen heißt immer in gute Strukturen zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf nicht zur Profitmaximierung dienen, sondern muss sich am Wohl der Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-Pandemie war dies eine Herausforderung. Wir haben Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und für den Notfall ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben und dafür gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Der neue und bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS.

Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Über Jahrzehnte wurde der ÖGD kaputtgespart. In der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Der ÖGD soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln. Daher werden wir systematisch auch neuere Berufsgruppen wie Public-Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Gesundheitswissenschaftler*innen in den ÖGD einbeziehen. Und wir setzen uns dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Wir wollen den Beruf der*des Amtsärzt*in attraktiver machen und die Voraussetzungen schaffen, dass die gesamte Ausbildung zur Fachärzt*in für den öffentlichen Gesundheitsdienst auch in Berlin absolviert und finanziert werden kann. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen, dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt.

Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren

Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen und die Mitarbeiter*innen in den Gesundheitsämtern – es gibt viele Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch die Ausbildung muss attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu absolvieren.

Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status quo zu halten, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen.

Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, der Beruf und die soziale Lage eine wesentliche Rolle. In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen zusammengebracht. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte, lokale und interprofessionelle Gesundheitszentren schaffen.

Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken

Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies"-Ansatz der WHO, denn Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen. Auch Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der Verkehrswende schützen wir vor allem die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen leben müssen. Wir wollen künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die Gesundheit prüfen.

HIV/Aids besiegen

Berlin hat das Ziel der Vereinten Nationen übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel für die kommenden Jahre lautet „95-95-95": 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, 95 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und 95 Prozent der Behandelten „unter der Nachweisgrenze" sein, damit eine Übertragung des HI-Virus nicht mehr möglich ist. Um das zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur zu Versorgungsstrukturen weiter verbessern.

Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle

Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und Geburtshelfer begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Frauen sowohl während der

Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen allen Frauen aber weiterhin eine selbstbestimmte und sichere Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, sie mit Service-Parkausweisen im Alltag zu unterstützen und mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern. Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie auch gleichgeschlechtlichen Paaren von der Krankenkasse finanziert wird.

Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Beratung im Fall von Schwangerschaftskonflikten muss deshalb niedrigschwellig zugänglich sein und wir kämpfen weiterhin für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vorher eine gute Aufklärung über Versorgungsvollmachten und eine Patientenverfügung stattfindet. Deshalb wollen wir die Strukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen, die von den Betroffenen häufig als quälend empfunden werden, nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu bewältigen.

Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Trialog und Peer-Ansätze sowie den Abbau von Zwang. In der Versorgung gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. Wir wollen den ÖGD hinsichtlich Beratung und Begleitung stärken. Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen.

3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark

Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen, Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

Im Kiez verortet

Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven, generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene Community hinaus zusammenbringen.

Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum.

Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen Pflegeeinrichtungen.

Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden. Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Hintergründe der Berliner*innen abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg wollen wir weitergehen.

Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. Pflegekräfte sind systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend in den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Eine Pflegekammer, wie sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir ausdrücklich.

Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote, gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte in Form von Pflegekammern und regen das auch für andere Heilberufe an. Wir fordern mehr Teilzeitausbildungen und die Finanzierung der berufsbegleitenden Ausbildung zum*zur Altenpfleger*in. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen wollen wir sie zurückgewinnen.

Pflegende Angehörige besserstellen

Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Die Berliner Stadtgesellschaft soll inklusiv werden. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperliche, psychische oder kognitive Behinderung gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen. In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von über 50 Prozent, das ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

„Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt vorantreiben. Zum 1. Januar 2022 sollen alle bezirklichen „Häuser der Teilhabe“ gegründet sein. Wir wollen in den Häusern multiprofessionelle Teams zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtekreisen erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

Für Inklusion in allen Lebensbereichen

Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse: Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die Werkstätten so weiterentwickeln, dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt dienen. Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an solche „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der Inklusionstaxis im öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion zu einer Bedingung machen.

Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin.

Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen.

Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen wichtigen Schritt getan. Die praktische Umsetzung wollen wir nun beschleunigen. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und Bezirksämter. Bei der Neukonzeption

von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit

Drogen sind Teil der Gesellschaft und kaum eine Debatte wird so irrational geführt wie die um den richtigen Umgang damit. Wir Bündnisgrüne stehen für einen vernünftigen, evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz gewährleistet, Abhängigen unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete illegale Droge ist mit ca. vier Millionen Konsument*innen Cannabis. Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der anderen Seite nicht sinnvoll und historisch vor rund 100 Jahren willkürlich getroffen worden. Da sind wir uns mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter einig. Statt willkürlicher Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungspotential ein wichtiger Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene

In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein Werbeverbot für Tabak und Alkohol auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem Pilot-Projekt zum Drug-Checking in Clubs werden wir einen Weg einschlagen, der Menschen vor gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume haben wir in den Bezirken geplant und geschaffen. Dort sind neben sicherem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene. Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur Legalisierung entwickelt, den wir auch weiter vorantreiben werden.

Aufklärung und Prävention ausbauen

In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, zielorientierten Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz haben dabei für uns höchste Priorität. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundene Süchte, beispielsweise Glücksspiel oder Computerspiele, weiter

ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten und dazu die rechtlichen Möglichkeiten im Detail prüfen. Den Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen schützen wir damit und wir halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucherkneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren Spritzenentsorgung, zu häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf Spielplätzen nichts verloren.

Beratung und Selbsthilfe stärken

Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzenprogramme in allen Bezirken Berlins. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem Drogenkonsum. Dafür wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen, die die Erreichbarkeit verbessern. Die Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung.

Schwarzmarkt austrocknen

Um den Schwarzmarkt auszutrocknen, arbeiten wir weiter daran, Cannabis zu legalisieren. Solange es auf Bundesebene keine neue gesetzliche Regelung gibt, halten wir an unserem Ziel eines Modellprojektes zur legalen Abgabe von Cannabis in Berlin fest. Die nicht verfolgbare geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die von massiven Dealertätigkeiten belastet sind, und deren Anwohner*innen wollen wir dazu verhelfen, wieder mehr Ruhe und Sauberkeit zu finden. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel begünstigt wird.

Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

Weltweit sorgt der Handel mit Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Bei kaum einem anderen Politikfeld ist die Verbindung zwischen unserer Politik hier und der Lage der Welt so unmittelbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu beenden, arbeiten wir daran, den internationalen Drogenhandel zu unterbinden. Das gelingt nicht durch die Kriminalisierung von Konsument*innen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt des Sportes

Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft und stiften Freude. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von internationalen Sportveranstaltungen. Die weltweite Bekanntheit der Sportmetropole Berlin wollen wir ausbauen.

Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen aktiv. Sportvereine übernehmen vielfältige Funktionen, sie ermöglichen Jung und Alt Bewegung in Gemeinschaft, sie unterstützen das Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und den Leistungssport. Das wäre ohne zahllose Ehrenamtliche nicht möglich, die sich als Trainer*innen oder Vereinsvorstände engagieren. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert.

Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden wir das Sportfördergesetz und die Sportstättennutzungsverordnung so anpassen, dass die Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Der neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den kommenden Jahren weiterführen.

Sportanlagen inklusiv und ökologisch

Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in schlechtem Zustand. Mit dem Sportanlagensanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen ökologischen Standards erfolgen müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben wir in der Sportanlagennutzungsverordnung auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden. Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der Vielen, die allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Auch für eine älter werdende Gesellschaft ist es wichtig, barrierefreie Sportanlagen bereitzuhalten, damit in jedem Alter Bewegung und Sport möglich ist.

Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die Gesundheit

Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Deswegen muss Schwimmunterricht Teil des Schulsportes sein. Wir wollen die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe ausweiten, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch sind.

Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen in 30 Jahren 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sein. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung abschließen.

2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das

Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld, Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben – egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln.

4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen. Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit, Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass auch eine Vollzeittätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Dazu zählt auch eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den Ärzt*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der Pflegeausbildung.

5. Faire Ausbildungsbedingungen für Care-Berufe schaffen

In vielen Care-Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Wir wollen faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen – dazu zählt eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung. Wir fordern zum Beispiel, dass Ärzt*innen im praktischen Jahr an den Lehrkrankenhäusern der Charité bezahlt werden. Zusätzlich könnten Landesstipendien für diese Engpassberufe vergeben werden.